



Bundestags- brief

Nr.216 • Die Woche im Bundestag • 24.11.2017



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Auf die Union kommt es jetzt an.

Nach intensiven Sondierungsgesprächen ist der Versuch zur Bildung einer Bundesregierung aus CDU, CSU, FDP und Grünen Sonntag Nacht seitens der FDP für beendet erklärt worden. Das ist bedauerlich und enttäuschend.

Wir waren bei den Sondierungsverhandlungen am Sonntag nah an einer inhaltlichen Einigung und standen kurz vor dem Durchbruch. In zahlreichen Punkten waren Einigungen erzielt worden, die gut für unser Land gewesen wären. Nun ist es anders gekommen. Ich respektiere die Entscheidung der FDP, aber ich teile sie inhaltlich nicht. Es ist nicht die Stunde für Schuldzuweisungen, die Bürgerinnen und Bürger werden sich selbst ein Urteil über dieses Wochenende bilden. Am 24. September haben fast 47 Millionen Bürger gewählt, und sie haben uns den Auftrag gegeben, daraus eine gute Regierung für unser Land zu bilden. Der vereinbarte Verhandlungsstand vom Sonntagabend enthielt zahlreiche Unionspunkte, die gut für unser Land gewesen wären:

- Paket für Familien: Verständigt hatte man sich auf eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat und eine entsprechende Anpassung des Kinderfreibetrages. Unstreitig war ebenso die Einführung eines Baukindergeldes. Eine Erleichterung des Familienalltags hätte der schon geeinte Rechtsanspruch zur Betreuung von 2,8 Millionen Grundschulkindern gebracht.

- Pflege: Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode 5 Mrd. Euro pro Jahr für Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige beschlossen haben, hatten wir uns auf ein Sofortprogramm Pflege verständigt. Damit sollte u. a. eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege kommen.

- Soli-Abbau / Steuerentlastung: Wir hatten einen Abbau des Solidaritätszuschlags in der Weise angeboten, dass am Ende dieser Legislaturperiode rund $\frac{3}{4}$ aller Bürger keinen Solidaritätszuschlag mehr hätten zahlen müssen. Zudem bestand Einigkeit über eine Steuerreform zugunsten von Beziehern kleiner Einkommen.

- Innere Sicherheit: Einig war man sich über 7.500 Polizeistellen beim Bund sowie ein klares Bekenntnis, durch mehr Videoüberwachung für mehr innere Sicherheit zu sorgen.

Auch FDP und Grüne konnten wichtige Vorhaben für sich verbuchen. So hatten wir etwa ein Einwanderungsgesetz samt Punktesystem akzeptiert, was beiden Partnern wichtig war. Im Bildungsbereich wollten wir einen Nationalen Bildungsrat, der analog zum Wissenschaftsrat tätig werden kann, ohne die Zuständigkeit der Länder für die Bildung in Frage zu stellen. Wir hatten ein Hinweisgebergesetz und ein Lobbyregister akzeptiert, und schließlich waren wir sehr nah an einem vernünftigen Kompromiss in der Migrationsfrage, mit dem wir die Migration hätten besser steuern können.

Weil wir um unsere Verantwortung wissen, sind wir als Union, als geschlossene Einheit von CDU und CSU, weiterhin bereit, unserem Land eine gute Regierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zu stellen. Sie hat in den vergangenen vier Wochen erneut bewiesen, warum sie zu Recht seit zwölf Jahren an der Spitze der Bundesregierung steht, warum sie das Land weiter gut führen kann, und warum sie ein so großes Ansehen in der ganzen Welt genießt. Nun kommt es darauf an, dass sich alle politischen Parteien ihrer großen Verantwortung bewusst werden und zuerst an das Land und erst viel später an sich selbst denken.

Wichtige Bundeswehrmandate beraten.

In dieser Woche stand die Einbringung wichtiger Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr an.

Es ging um insgesamt sieben Mandate, fünf davon laufen Ende dieses Jahres, zwei Ende Januar 2018 aus. Alle sollten und wurden um je drei Monate verlängert werden. Hervorzuheben ist etwa der Einsatz unserer Soldaten zur Unterstützung der internationalen Koalition gegen den IS.

Weiterhin ging es um die Verlängerung unseres Afghanistanengagements mit 980 Soldaten. Schließlich berieten wir u.a. die Fortsetzung des schwierigen Einsatzes von 1.000 Soldaten in Mali.

Uns als Union ist wichtig, dass Deutschland außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig bleibt und seine Bündnisverpflichtungen erfüllt.

Hauptausschuss, Geschäftsordnungs- und Petitionsausschuss eingesetzt.

In dieser Woche haben wir zur besseren Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages vorübergehend einen Hauptausschuss eingesetzt.

Dieser Ausschuss wird es dem Bundestag wie bereits 2013 ermöglichen, die notwendigen Vorhaben und Anträge zu beraten. Der Vorsitz obliegt unserem Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble oder einem seiner Stellvertreter. Der Hauptausschuss wird 47 Mitglieder umfassen, 17 davon stellt unsere Fraktion.

Die konstituierende Sitzung fand am Mittwoch, den 22. November 2017, statt. Darüber hinaus haben wir einen Geschäftsordnungsausschuss sowie den Petitionsausschuss eingesetzt.

Deutsche Wirtschaftskraft weiter auf Wachstumskurs.

Die deutsche Wirtschaft wuchs im dritten Quartal des Jahres um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und bleibt damit das Zugpferd der Euro-Zone.

Als Grund hierfür wird vornehmlich der hohe Anstieg der Exporte, vor allem von Maschinen und von Fahrzeugen gesehen.

Deutsche Exporte profitierten dabei auch von der verbesserten Weltkonjunktur und dem allgemeinen Aufschwung in der Euro-Zone.

Dank dieser günstigen Rahmenbedingungen prognostiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2017 einen Gesamtwachstum von 2,0 Prozent – der achte Zuwachs in Folge. Auch 2018 setzt sich mit erwarteten 2,2 Prozent das Wirtschaftswachstum fort.

(Quelle: Reuters)

Deutsche Metropolregionen weiterhin attraktiv.

Der „Regionale Chancenmonitor“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln untersucht die Wanderungsbewegung der Deutschen zwischen den 402 Regionen in der Bundesrepublik und bewertet diese hinsichtlich ihres Chancenpotentials.

Dass Großstädte und Metropolregionen weiter an Attraktivität gewinnen, während ländliche Gegenden mit der Abwanderung vornehmlich junger Menschen zu kämpfen haben, ist bekannt.

Daher lohnt sich ein Blick auf die unterschiedlichen Potentiale einzelner Regionen: So seien Großstädte wie Köln, Düsseldorf und Stuttgart etwa der Gruppe der „Risikoräume“ zuzuordnen. Diese nutzten zwar ihre Chancen, besäßen allerdings ein insgesamt geringes Ausschöpfungspotenzial. Vielfach hält dort der Infrastrukturausbau mit den hohen Zuzugszahlen nicht Schritt.

Die Mecklenburgische Seenplatte oder das bayerische Neustadt an der Waldnaab stellten demgegenüber „Chancenräume“ dar, Regionen mit hohem, aber ungenutztem Potenzial. Deren Attraktivität ließe sich dem Bericht zufolge durch Kooperationen mit umliegenden Städten oder Regionen deutlich steigern.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)